

Pressemitteilung der BUND Kreisgruppe Grafschaft Bentheim

Zum GN-Artikel „Niederlande prüfen Fracking an Grenze“ vom 31.05.2014

Fracking bleibt Fracking -- Umweltverträglichkeitsprüfung reicht nicht aus

Die niederländische Regierung will zur Klärung der Frage, ob Fracking zur Förderung von Schiefergas - auch auf Flächen in unmittelbarer Nachbarschaft zur Grafschaft Bentheim - zugelassen werden kann, bis Anfang 2015 eine „Strukturvision Schiefergas“ erarbeiten.

Die Kreisgruppe des BUND hält infolge dieser „Strukturvision Schiefergas“ und der damit verbundenen Umweltverträglichkeitsstudie möglicherweise grenzüberschreitende Folgen für die Umwelt und die Bevölkerung für möglich und weist darauf hin, dass die Niedersächsische Landesregierung am 27.05.2014 beschlossen hat, eine Bundesratsinitiative zu starten mit dem Ziel, für die Erdgasgewinnung mit dem sogenannten Fracking-Verfahren künftig Umweltverträglichkeitsprüfungen vorzuschreiben. Gleichzeitig hat sie die in Niedersachsen zuständige Genehmigungsbehörde, das LBEG, per Erlass angewiesen, Fracking zur Gewinnung von Schiefergas derzeit nicht zu genehmigen. Dem BUND geht das nicht weit genug. „Das ist eine Beruhigungsmaßnahme für die Bürgerinnen und Bürger, die wissen, dass durch Fracking ihr Grundwasser – und damit eines der wertvollsten Lebensmittel – gefährdet werden kann“, so die BUND Kreisgruppe.

„Auch bei der Gewinnung von Gas aus Sandsteinschichten, sogenanntes Tightgas, werden viele Kubikmeter Wasser mit bis zu 700 bar Druck in den Untergrund verpresst, die bisher mit einer Mischung an giftigen Stoffen versetzt sind. Dies will die Landesregierung weiterhin genehmigen.“

Der BUND hält die Einführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen nicht für ein geeignetes Mittel, vor den Risiken des Fracking ausreichend zu schützen: Eine Prognose möglicher Umweltschäden durch eine Umweltverträglichkeitsprüfung kann nur so gut und so sicher sein, wie wissenschaftliche Erkenntnisse und Erfahrungen aus bereits durchgeführten Projekten vorliegen. In Niedersachsen wird zwar seit über 30 Jahren gefracked, die Umweltfolgen wurden aber bislang in keinem einzigen Fall gezielt kontrolliert.

Es reicht dem BUND nicht aus, dass bei der Standardüberwachung bisher im Trinkwasser in Niedersachsen noch keine Giftstoffe aufgetaucht sind. Aufgrund der Tiefe, in welche die Gifte beim Fracking verpresst werden, kann es Jahrzehnte dauern, bis die Stoffe im Trinkwasser ankommen.

„Aber dann ist es zu spät, denn was in die Tiefe verpresst worden ist, kann nicht mehr

zurückgeholt werden“, so der BUND.

Der BUND appelliert daher an die Landesregierung, aber auch in der aktuellen Situation an die niederländische Regierung, auf die Fracking-Methode gänzlich zu verzichten – zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger und zum Wohl nachfolgender Generationen!

Eine umfangreiche Stellungnahme sandte der BUND an die niederländische Regierung.